

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Fachausschusses Föhr am Mittwoch, dem 11.07.2012, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 23:08 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heidi Braun
Herr Arfst Christiansen
Herr Cornelius Daniels
Herr Uwe Ingwersen
Herr Karl-Heinz Juhl
Herr Heinz Lorenzen
Frau Usche Meuche
Frau Dr. Silke Offerdinger-Daegel
Herr Jens Pedersen
Herr Paul Raffelhüschen
Frau Gisela Riemann
Herr Friedrich Riewerts
Herr Christian Roeloffs
Herr Jürgen Schmidt
von der Verwaltung
Frau Renate Gehrman
Frau Birgit Mertin

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Marczinkowski
Herr Peter Schaper

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Genehmigung der Niederschrift über die 15. und 16. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Bericht der Verwaltung
- 6.1 . Breitbandprojekt
- 6.2 . Netzwerk Daseinsvorsorge
- 6.3 . Kita-Fachberatung
- 6.4 . Salzwiesenkartierung
- 6.5 . Energie AG
- 6.6 . Deichschau
- 6.7 . Netzentwicklungsplan
- 6.8 . Rundfunkgebühren
- 6.9 . Brücke Oldsum
- 6.10 . Schülerbeförderungskosten

- 7 . Beratung über die Umstellung von amtseigenen Gebäuden auf Fernwärme
- 8 . Beratung über den Standort eines Blockheizkraftwerks in Wyk auf Föhr hier: Ergebnis der Energie-AG
- 9 . Pyrotechnik-Verbot auf den Inseln hier: Antrag von Achim Christiansen
- 10 . Umplanung Wyker Flächen hier: Rücknahme der Ausweisung für einen Wohnmobilauf-fangplatz
- 11 . Fortführung der Energie-AG hier: Beratungsvertrag
- 12 . Verschiedenes
- 12.1 . Wohnraumentwicklungskonzept

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Be-schlussfähigkeit

Frau Braun begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es wird darum gebeten, in den öffentlichen Teil der Sitzung noch den Tagesordnungs-punkt „Verschiedenes“ aufzunehmen. Dem wird einstimmig zugestimmt. Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 12 in die Tagesordnung aufgenommen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkt verschieben sich entsprechend nach hinten.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunk-ten

Die Mitglieder des Fachausschusses Föhr sprechen sich einstimmig dafür aus, die Ta-gesordnungspunkte 13 bis 16 nichtöffentlich beraten zu wollen.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 15. und 16. Sitzung (öffentlicher Teil)

Einwände gegen Form und Inhalt der Niederschrift (öffentlicher Teil) über die 15. und 16. Sitzung werden nicht erhoben. Sie gelten damit als genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Frau Natalie Eckelt stellt sich kurz als Nachfolgerin von Herrn Carsten Massau vor. Sie sei nunmehr Geschäftsführerin der Insel- und Halligkonferenz und der Biosphäre Halli-gen.

6. Bericht der Verwaltung

6.1. Breitbandprojekt

Frau Braun teilt mit, dass Breitbandprojekt stehe auf der Kippe. Um das Projekt zu ver-wirklichen, seien mindestens 600 Anträge auf Einrichtung eine Breitbandanschlusses notwendig. Lediglich 395 Anträge seien bisher eingegangen. Damit sei das Projekt akut gefährdet.

So lange nicht genügend Anträge vorlägen, könne nicht mit der Maßnahme begonnen werden. Zögere sich dies jedoch zu weit hinaus, könnten die Fördermittel nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Die Telekom sei bei der Angebotsabfrage nicht bereit gewesen, die geforderten Leis-tungen zu erbringen und falle daher als Anbieter aus.

Mit den jetzigen Verträgen gingen die Antragsteller noch keinerlei Risiko ein. Kostspflichtig werde die Angelegenheit erst, wenn das Netz stehe und die Anschlüsse frei geschaltet seien. Die Formalitäten der Ummeldung vom vorherigen Anbieter übernehme auf Wunsch die LüneCom.

Frau Braun bittet darum abzuklären, ob es möglich sei zusätzlich noch die Zweitwohnungsbesitzer anzuschreiben, um auch diese zu informieren.

Sie bittet eindringlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger jetzt ihre Anträge zu stellen, um das Breitbandprojekt nicht zu gefährden. Bei einem Scheitern, sei ein neues Projekt nicht in Sicht.

6.2. Netzwerk Daseinsvorsorge

Frau Braun gibt bekannt, die nächste Sitzung des Netzwerkes Daseinsvorsorge finde am 16.08.2012, von 10 – 16 Uhr in Leck statt.

6.3. Kita-Fachberatung

Frau Braun teilt mit, der evangelische Kirchenkreis richte eine Kita-Fachberatung an. Hierzu finde am 23.07.2012 eine Informationsveranstaltung statt. Die Kosten sollen sich auf 19,60 € pro Jahr und Kind belaufen.

6.4. Salzwiesenkartierung

Es solle eine Kartierung der Salzwiesen erfolgen. Dazu seien Mitarbeiter des beauftragten Planungsbüros ab 25.07.2012 auf der Insel. Da die Flächen teilweise in Privatbesitz seien, bitte das Planungsbüro die Gemeinden, den betroffenen Eigentümern den Besuch anzuzeigen.

Man ist sich einig, dass dies nicht Aufgabe der Gemeinden sein könne und das Planungsbüro dies selbst erledigen solle. Frau Gehrmann werde ein entsprechendes Antwortschreiben an das Planungsbüro verfassen.

6.5. Energie AG

Die Energie AG habe in der vergangenen Woche in Hedehusum getagt. Der Abschlussbericht solle auf den 06.08.2012 vorgelegt werden. Die letzten Veranstaltungen der Energie AG sollen am 13. und 14.08.2012 statt finden.

6.6. Deichschau

Frau Braun berichtet von der Deichschau.

- In Oevenum sei das Vorland in einem schlechten Zustand
- In Midlum müsse der Treibselweg erneuert werden
- Im Bereich Toftum müsse der Deich gekalkt und nachgesäht werden
- Am Schöpfwerk komme es zu Sandflug und
- In Oldsum sei bis auf die Baustellenüberfahrt alles in Ordnung

In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass es für den Bereich Toftum den Befund einer Bodenprobe gebe, die besage, dass der verwendete Boden zu sauer und daher nicht für den Deich geeignet gewesen sei. Das LKN werde den Deich so nicht übernehmen.

6.7. Netzentwicklungsplan

In der vergangenen Woche haben die Bürgermeister/innen die Info-Intern Nr. 92/12 des SHGT erhalten. Der 350 Seiten umfassende Entwurf des Netzentwicklungsplans werde von Frau Kucharzewski gesichtet. Eine eventuelle Stellungnahme werde zur 2. Auslegung vorbereitet.

6.8. Rundfunkgebühren

Die Neuregelungen der Rundfunkgebühren scheinen für die Schulen keine Nachteile zu bedeuten. Fraglich sei noch, inwiefern es zu Änderungen bei den Betriebsstätten käme.

6.9. Brücke Oldsum

Da die Oldsumer Brücke nicht ausreichend belastbar sei, bleibe es vorerst bei der einseitigen Sperrung. Ein Reparaturzeitpunkt sei nicht genannt worden.

6.10. Schülerbeförderungskosten

Es wird mitgeteilt, dass die Elternbeiträge für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler bis zu einem endgültigen Ergebnis der Beratungen zu den Schülerbeförderungskosten nicht eingefordert würden.

7. Beratung über die Umstellung von amtseigenen Gebäuden auf Fernwärme

Frau Braun berichtet, es hätten Gespräche mit Herrn Wortmann und der E.ON hinsichtlich einer möglichen Umstellung der Amtsliegenschaften auf Fernwärme statt gefunden.

Zunächst sei das Amtsgebäude untersucht worden. Die Heizung sei so alt wie das Gebäude selbst und die Fernwärme-Leitung liege bereits in der Straße. Die E.ON biete dem Amt ein Hybrid-Modell an. Das Amt würde dabei eine Blockheizkraftanlage im Amtsgebäude installieren. Die E.ON würde die anfallende Energie abnehmen. Die Anschaffungskosten würden rd. 75.000 € betragen. Die jährliche Ersparnis für Energiekosten würden sich auf rd. 20.000 € belaufen, so dass sich die Anlage bereits nach wenigen Jahren amortisieren würde. Die CO₂-Einsparungen werden mit knapp 50.000 kg/Jahr angegeben.

Das gleiche Modell würde die E.ON auch für das Wyker Schulzentrum anbieten. Hier müssten jedoch noch Fernwärme-Leitungen verlegt werden.

Hier würden sich die Investitionen auf ca. 180.000 € belaufen. Die Einsparungen bei den Energiekosten würden in 10 Jahren 500.000 € betragen. Die CO₂-Einsparungen würden sich auf ca. 115.000 kg/Jahr belaufen.

Ferner sei die E.ON für die Errichtung eines weiteren Blockheizkraftwerks an der Anpachtung einer Fläche auf dem Schulgelände in der Nachbarschaft der Sporthalle interessiert. Die Pacht solle sich auf ca. 10.000 €/Jahr belaufen.

Auf Nachfrage, ob ein Blockheizkraftwerk am Schulzentrum baurechtlich zulässig wäre, erklärt Bürgermeister Lorenzen, dass dies möglich sein sollte. Falls nicht, wolle die Stadt Wyk auf Föhr das entsprechende Baurecht schaffen.

Die Mitglieder des Fachausschusses sprechen dafür aus, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Herr Bielenberg solle zur nächsten Sitzung des Amtsausschusses eingeladen werden.

8. Beratung über den Standort eines Blockheizkraftwerks in Wyk auf Föhr hier: Ergebnis der Energie-AG

Frau Braun erklärt, es seien mehrere Standorte auf ihre Tauglichkeit hinsichtlich der Errichtung eines Blockheizkraftwerkes geprüft worden. Am Schulzentrum sei dies möglich, jedoch liege hier noch kein Fernwärmenetz. Dies müsste die E.ON noch entsprechend ausbauen und wäre auch bereit dazu. Der Standort bei der Kläranlage sei wegen Unwirtschaftlichkeit verworfen worden.

Die E.ON sei an der Anpachtung einer Fläche in einer Größe von ca. 25 m x 25 m neben der Sporthalle des Schulzentrums für die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes interessiert. Die Höhe der Pacht werde mit ca. 10.000 €/Jahr angegeben.

Es wird angeregt, die Verpachtung der Fläche davon abhängig zu machen, dass im Schulzentrum eine Hybrid-Heizkraftanlage errichtet werde, welche parallel zum Blockheizkraftwerk der E.ON betrieben werde.

Die Mitglieder des Fachausschusses sprechen sich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für den Standort „Schulzentrum“ für ein Blockheizkraftwerk der E.ON Hanse aus.

9. Pyrotechnik-Verbot auf den Inseln hier: Antrag von Achim Christiansen

Der Amtswehrführer hat ein generelles Abbrennverbot für Feuerwerkskörper auf der gesamten Insel Föhr angeregt.

Derzeit gebe es im gesamten Bereich der Stadt Wyk auf Föhr mit Ausnahme des Strandes ein Abbrennverbot für Feuerwerkskörper der Klasse II. Ebenfalls gelte im Bereich der Gemeinden und im Umkreis von 200 m um reetgedeckte Gebäude ein solches Abbrennverbot.

In der sich anschließenden Diskussion werden mehrere Vorschläge für die Ausgestaltung eines Abbrennverbotes gemacht, die zur Abstimmung gebracht werden.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. Ein generelles Abbrennverbot mit Ausnahme der Strände und Deiche | 8 Ja-Stimmen |
| 2. Ein generelles Abbrennverbot ohne Ausnahmen | 4 Ja-Stimmen |
| 3. Kein Abbrennverbot | 1 Ja-Stimme |

Der Amtswehrführer soll darüber informiert werden, dass zunächst für 1 Jahr ein generelles Abbrennverbot mit Ausnahme der Strände und Deiche gelten soll.

10. Umplanung Wyker Flächen hier: Rücknahme der Ausweisung für einen Wohnmobilauffangplatz

Bürgermeister Lorenzen erläutert, dass ursprünglich eine Fläche beim Flugplatz als Wohnmobil-Auffangplatz ausgewiesen worden sei. Danach sei jedoch eine Fläche in Utersum favorisiert worden. Aufgrund dessen habe man in Wyk auf Föhr die Weiterentwicklung der Angelegenheit eingestellt.

Nunmehr gebe es für die Fläche neue Planungen, in Richtung einer Go-Kart-Bahn. Dafür verlange die Landesplanung jedoch eine inselweite Abstimmung, dass die Fläche als Wohnmobil-Auffangplatz aufgegeben werden solle.

Die Mitglieder des Fachausschusses Föhr sprechen sich einstimmig dafür aus, die Flä-

che am Flugplatz als Wohnmobil-Auffangplatz aufzugeben.

11. Fortführung der Energie-AG hier: Beratungsvertrag

Frau Braun regt eine Fortführung der Energie AG an. Neue Projekte sollten angegangen werden. Bei Bedarf sollte eine fachliche Begleitung hinzugezogen werden können. Dafür bittet Frau Braun um die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln (z.B. Teile der von der Energie AG angestoßenen Einsparungen für Heizkosten).

Frau Braun bittet die Anwesenden, sich diesbezüglich Gedanken zu machen.

12. Verschiedenes

12.1. Wohnraumentwicklungskonzept

Es werden die schwierigen Bedingungen bei der Suche nach Dauerwohnraum angesprochen. Die Stadt Wyk auf Föhr beschäftigt sich derzeit auf Antrag der „Grünen“ mit einem Wohnraumentwicklungskonzept. Zunächst müsse eine Bedarfsermittlung statt finden. Dazu müsse ein entsprechender Fragebogen entwickelt werden. Da das Problem nicht auf die Stadt Wyk auf Föhr begrenzt sei, wird angeregt, diese Bedarfsermittlung auch in den Gemeinden durchzuführen.

Mit diesem Tagesordnungspunkt ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. Frau Braun bedankt sich für die Aufmerksamkeit und verabschiedet die Öffentlichkeit.

Heidi Braun

Birgit Mertin